

AUFFORDERUNG ZUR STELLUNGNAHME ZU EINER INITIATIVE (ohne Folgenabschätzung)

Mit diesem Dokument sollen Öffentlichkeit und Interessenträger über die Arbeit der Kommission informiert werden und so die Möglichkeit erhalten, Rückmeldung zu geben und sich effektiv an Konsultationen zu beteiligen.

Sie sind aufgefordert, sich zur Einschätzung des Problems durch die Kommission und zu möglichen Lösungen zu äußern und uns alle sachdienlichen Informationen vorzulegen.

BEZEICHNUNG DER INITIATIVE	Mitteilung über die Europäische Spar- und Investitionsunion
FEDERFÜHRENDE GD – ZUSTÄNDIGES REFERAT	GD FISMA – B1 Kapitalmarktunion
VORAUSSICHTLICHE ART DER INITIATIVE	Mitteilung
VORLÄUFIGER ZEITPLAN	1. Quartal 2025
WEITERE ANGABEN	–

Dieses Dokument dient nur der Information. Es greift der abschließenden Entscheidung der Kommission über die Weiterverfolgung dieser Initiative oder über deren endgültigen Inhalt nicht vor. Alle Aspekte der in diesem Dokument beschriebenen Initiative, einschließlich ihres zeitlichen Ablaufs, können sich ändern.

A. Politischer Kontext, Problemstellung und Subsidiaritätsprüfung

Politischer Kontext [max. 10 Zeilen]

In den [politischen Leitlinien 2024-2029](#) kündigte Präsidentin von der Leyen an, dass die Kommission „eine Europäische Spar- und Investitionsunion für Banken und Kapitalmärkte vorschlagen“ werde. Die Initiative führt die Kapitalmarktunion und die Bankenunion zusammen und baut auf deren bisherigen Erfolgen auf. Nach zwei Aktionsplänen für die Kapitalmarktunion in den Jahren 2015 und 2020 und bedeutenden Schritten, die seit 2012 zur Einrichtung der Bankenunion unternommen wurden, sind wichtige Bausteine für die Spar- und Investitionsunion bereits vorhanden oder werden gerade eingerichtet.

In ihrem [Mandatsschreiben](#) beauftragte Präsidentin von der Leyen Kommissarin Albuquerque, eine Spar- und Investitionsunion zu errichten, um die enormen privaten Sparvermögen in den Dienst unserer umfassenderen Ziele zu stellen und „Maßnahmen zu ergreifen, damit die Menschen besser sparen können, sowie um Kapital für Innovationen zu fördern, die Digitalisierung des Finanzsektors voranzutreiben, die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors zu gewährleisten und die Vorteile eines nachhaltigen Finanzwesens auszuschöpfen“.

Kommissarin Albuquerque [kündigte an](#), dass sie innerhalb der ersten Monate nach ihrem Amtsantritt ein Gesamtkonzept vorlegen werde, wie die EU, die Mitgliedstaaten und die Marktteilnehmer die Spar- und Investitionsunion entscheidend voranbringen können. Die Kommission beabsichtigt daher, eine Mitteilung über die Spar- und Investitionsunion zu veröffentlichen.

Viele Interessenträger und Sachverständige haben in den letzten Monaten ihre Unterstützung für die Spar- und Investitionsunion zum Ausdruck gebracht, so auch Enrico Letta und Mario Draghi in ihren jeweiligen Berichten.

Auch von politischer Seite gibt es Unterstützung für die Spar- und Investitionsunion, wie aus der Erklärung der Sitzung im inklusiven Format der [Euro-Gruppe vom März 2024 zur Zukunft der Kapitalmarktunion](#) und den [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#) vom April 2024 hervorgeht. Allerdings müssen die Mitgliedstaaten noch eine Einigung darüber erzielen, welche Maßnahmen ihrer Meinung nach maßgeblich sind, um die Spar- und Investitionsunion entscheidend voranzubringen.

Das Europäische Parlament hat sich konsequent für die Errichtung der Bankenunion sowie der Kapitalmarktunion eingesetzt, dafür gestimmt und deren Bedeutung für die Erreichung der strategischen Ziele der EU unterstrichen.

Gegenstand der Initiative [max. 25 Zeilen]

In den Berichten von Mario Draghi und Enrico Letta wurde auf die nach wie vor bestehenden Ineffizienzen auf den Kapitalmärkten der EU hingewiesen, insbesondere auf ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Sparvermögen und Investitionen in der EU, wo die Bürgerinnen und Bürger das Potenzial ihres Sparvermögens aufgrund niedrig verzinsten Anlagen nicht voll ausschöpfen können und im Speziellen junge und innovative Unternehmen aufgrund unzureichender Finanzierungsmöglichkeiten Schwierigkeiten haben, ihren Kapitalbedarf zu decken. Es besteht daher Handlungsbedarf, um Sparen und Investieren besser miteinander zu verknüpfen und so in den nächsten fünf Jahren spürbare wirtschaftliche Auswirkungen zu erzielen.

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger verfügen über beträchtliche Ersparnisse: Im 2. Quartal 2023 haben die Haushalte in der EU 14,79 % ihres verfügbaren Einkommens gespart ([ESTAT](#)). Im Jahr 2023 hielten die Bürgerinnen und Bürger der EU über 11,63 Billionen EUR bzw. 31,01 % ihrer Ersparnisse in Form von Bargeld und Einlagen ([ESTAT](#), Daten von 2023), die nur niedrige Renditen erzielen. Ohne eine stärkere Beteiligung an den Kapitalmärkten entgeht ihnen die Chance, mit einer möglicherweise höheren Verzinsung ihrer langfristigen Spareinlagen Vermögen aufzubauen.

Gleichzeitig benötigt die EU immer mehr Kapital, um ihre umfassenderen politischen Ziele – Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen, grüne Technologien, Digitalisierung und Verteidigung – zu finanzieren. Der Bankensektor ist nach wie vor eine wichtige Finanzierungsquelle in der EU: 2023 finanzierten sich nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zu 50,43 % mit Bankkrediten ([ESTAT](#), [ESTAT](#), [EZB](#), Berechnungen der GD FISMA), und obwohl erhebliche Fortschritte in Richtung eines integrierten Bankenmarktes erzielt wurden, sind in der Bankenunion noch einige Aspekte offen, die die Bankfinanzierung in absoluten Zahlen weiter ankurbeln könnten. Die Finanzierung über Banken ist jedoch nicht für jeden Investitionsbedarf geeignet, insbesondere nicht für junge und innovative Unternehmen, die eher Eigenkapital als Fremdkapital benötigen und relativ risikobehaftete Investitionen darstellen. Diese Unternehmen sind oft nicht in der Lage, ihren Finanzierungsbedarf innerhalb der EU zu decken.

Die Kapitalmärkte in der EU verfügen noch nicht über das Volumen und die Markttiefe, um ausreichend Möglichkeiten zu bieten, und grenzüberschreitende Geschäfte unterliegen weiterhin zahlreichen Hindernissen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Kapitalmärkte in der EU auszubauen und zu vertiefen, insbesondere auch als Quelle für Risikokapital.

Grundlage für das Tätigwerden der EU (Rechtsgrundlage und Subsidiaritätsprüfung) [max. 10 Zeilen]

Rechtsgrundlage

In der Mitteilung sollen eine Strategie für die Spar- und Investitionsunion sowie Maßnahmen vorgestellt werden, die in bestimmten Bereichen, die eng mit der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität der europäischen Wirtschaft verbunden sind, ergriffen werden sollen. Die geplanten Maßnahmen, einschließlich möglicher Gesetzesinitiativen, können je nach Inhalt unterschiedliche Rechtsgrundlagen haben.

Notwendigkeit eines Tätigwerdens der Union

Maßnahmen auf EU-Ebene sind erforderlich, da die Kapitalmärkte noch nicht über das Volumen und die Markttiefe – einem Kernziel des Binnenmarktes – verfügen, um ausreichend Möglichkeiten zu bieten. Darüber hinaus muss die EU die zahlreichen grenzüberschreitenden Hindernisse für Unternehmen abbauen und den Kapitalfluss für den Bedarf der Wirtschaft in der gesamten EU erleichtern. Die Spar- und Investitionsunion kann jedoch nicht allein durch Maßnahmen auf EU-Ebene errichtet werden, da viele der erforderlichen Maßnahmen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten daher auch dazu ermutigen und dabei unterstützen, Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen und entsprechende Rechtsvorschriften zu erlassen, wobei sie sich um ein verstärktes und koordiniertes Vorgehen bemüht. Darüber hinaus ist die Verringerung des Verwaltungsaufwands ein zentraler Leitgedanke hinsichtlich der Strategien und Maßnahmen für die Spar- und Investitionsunion.

B. Zweck und Ansatz der Initiative [max. 25 Zeilen]

Die Spar- und Investitionsunion wird zur Verwirklichung umfassenderer wirtschaftlicher und sozialer Ziele beitragen, insbesondere zur Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels und zur Gewährleistung der langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit in der EU.

Sie soll Bürgerinnen und Bürgern eine höhere Verzinsung ihrer Ersparnisse ermöglichen und damit zur Vermögensbildung beitragen, auch im Hinblick auf die Altersvorsorge. Ganz allgemein soll sie für mehr

Wohlstand und Gerechtigkeit in Europa sorgen.

Die Spar- und Investitionsunion soll sicherstellen, dass europäische Ersparnisse so effektiv wie möglich in die Finanzierung produktiver und strategischer Investitionen fließen, und dadurch Unternehmen mehr Finanzierungsmöglichkeiten bieten. Damit ist sie ein entscheidender Faktor für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität.

Die Spar- und Investitionsunion ist ein langfristiges Projekt und wird aus einer Reihe von Maßnahmen bestehen, die zur Entwicklung der Kapital- und Bankenmärkte beitragen werden. Die Kapitalmarktunion und die Bankenunion sollten unter Berücksichtigung ihrer sich ergänzenden Anwendungsbereiche und unterschiedlichen Entwicklungsstufen weiter ausgebaut werden, damit mithilfe der Spar- und Investitionsunion ein Wendepunkt erreicht werden kann, ab dem die Marktentwicklung in der EU verstärkt an Fahrt gewinnt.

In den folgenden Bereichen, die eng mit der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der europäischen Wirtschaft verbunden sind, kann eine Reihe wirkungsvoller Maßnahmen angestrebt werden:

- Wirksamere Mobilisierung von Sparguthaben, insbesondere indem Kleinanleger mit einfachen und kostengünstigen Spar- und Anlageprodukten und durch geeignete steuerliche oder sonstige Anreize dazu angeregt werden, sich am Kapitalmarkt zu beteiligen, wodurch große Beträge an Investitionskapital gebündelt werden und mehr Vermögen aufgebaut wird.
- Mehr Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen in der EU, einschließlich junger und innovativer Unternehmen, insbesondere durch Anreize für europäische private und institutionelle Anleger, Kapital in produktive und innovative Unternehmen einzubringen.
- Förderung einer stärkeren Marktintegration und Effizienz auf den Kapitalmärkten, um durch die Ermittlung und Beseitigung von Hindernissen für grenzüberschreitende Transaktionen, seien es aufsichtsrechtliche, steuerliche, genehmigungsrechtliche oder andere Hindernisse, zu mehr Volumen und Markttiefe beizutragen.
- Optimierung der Aufsichtsregelungen, um sicherzustellen, dass das einheitliche Regelwerk wirksam angewandt wird und die Kapitalmarktaufsicht in der gesamten EU von hoher Qualität ist.

Für die Umsetzung der Spar- und Investitionsunion gelten folgende Grundsätze:

- Die Kommission wird für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen sorgen und erkennt an, dass die legislativen Maßnahmen auf Schlüsselbereiche beschränkt sein und den Aufwand auf ein Mindestmaß reduzieren sollten. Die Maßnahmen auf EU-Ebene werden sich auf Aspekte konzentrieren, bei denen ein EU-weites Vorgehen am wirksamsten ist, wobei koordinierte Bottom-up-Maßnahmen und eine bessere Koordinierung durch die Mitgliedstaaten genauso wichtig sind.
- Im Mittelpunkt der Spar- und Investitionsunion stehen die Bedürfnisse der EU-Bürgerinnen und -Bürger, welche die stärkste treibende Kraft für die Spar- und Investitionsunion sein und gleichzeitig am meisten von ihr profitieren können.
- Insgesamt wird sich die Spar- und Investitionsunion auf die Unterstützung der Prioritäten der Kommission zur Steigerung des nachhaltigen Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit Europas konzentrieren und andere politische Maßnahmen ergänzen, die auf bestimmte Sektoren ausgerichtet sind und Investitionen in strategischen Bereichen fördern. Dazu gehören der Clean Deal für die Industrie, ein neuer Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, die Binnenmarktstrategie, die Strategie für Start-up-Unternehmen und expandierende Jungunternehmen, der Europäische Plan für erschwinglichen Wohnraum und die Verteidigungsunion.

Voraussichtliche Auswirkungen

Die potenziellen Vorteile einer stärkeren Entwicklung und Integration der Finanzmärkte sind beträchtlich. Präsidentin von der Leyen erklärte in ihren politischen Leitlinien, dass EU-Unternehmen allein durch besser integrierte Kapitalmärkte in der Lage wären, jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 470 Milliarden Euro auf den Kapitalmärkten anzuziehen.

Junge und innovative Unternehmen würden aufgrund flexiblerer Finanzierungsmöglichkeiten von dieser Entwicklung profitieren, da in der EU mehr Finanzierungsquellen verfügbar wären und zugleich mehr Möglichkeiten bestünden, die Kapitalkosten zu senken.

Für die Bürgerinnen und Bürger hätte die Einrichtung der Spar- und Investitionsunion den Vorteil, dass sie dank der größeren Auswahl an Spar- und Investitionsmöglichkeiten, die den jeweiligen Bedürfnissen entsprechen und angemessene Renditen bieten, mehr Möglichkeiten hätten, an den Finanzmärkten Vermögen aufzubauen, auch im Hinblick auf ihre Altersvorsorge.

Alle Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten – große wie kleine – dürften von der Spar- und Investitionsunion profitieren, und zwar durch höhere Investitionen in ihre Wirtschaft, mehr grenzüberschreitende Investitionen und

eine bessere Unterstützung der Vermögensbildung der privaten Haushalte.
Monitoringplan
Seit 2021 veröffentlicht die Kommission eine „Liste der Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Kapitalmarktunion“ . Diese Liste der Indikatoren wird angepasst, um dem weiteren Umfang der Spar- und Investitionsunion sowie den spezifischen Initiativen, die in ihrem Rahmen vorgeschlagen werden, Rechnung zu tragen. Anschließend wird sie herangezogen, um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Spar- und Investitionsunion in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.
C. Bessere Rechtsetzung
Folgenabschätzung [max. 10 Zeilen]
<p>In der vorgeschlagenen Mitteilung der Kommission werden Bereiche für mögliche Initiativen aufgezeigt, die die Kommission zum Aufbau einer Spar- und Investitionsunion in den kommenden Jahren in Erwägung zieht.</p> <p>Da die Mitteilung einen allgemeinen politischen Rahmen vorgibt, ist keine Folgenabschätzung erforderlich. Für die einzelnen legislativen Maßnahmen und sonstigen Initiativen, die in der Mitteilung angekündigt werden, wird die Kommission erforderlichenfalls Folgenabschätzungen entsprechend den Grundsätzen des Rahmens für eine bessere Rechtsetzung durchführen.</p>
Konsultationsstrategie [max. 10 Zeilen]
<p>Die Interessenträger werden gebeten, Rückmeldung dazu zu geben, wie die Spar- und Investitionsunion auf der Grundlage der bisherigen Fortschritte bei der Kapitalmarktunion und der Bankenunion in den oben genannten Bereichen vorangebracht werden kann.</p> <p>Zu dieser Aufforderung zur Stellungnahme können Sie sich vier Wochen lang äußern. Beiträge können in den 24 Amtssprachen der EU unter Ihre Meinung zählt eingereicht werden.</p> <p>Die Kommission wird bei der Ausarbeitung der Mitteilung die Beiträge der Interessenträger zu dieser Aufforderung zur Stellungnahme berücksichtigen.</p> <p>Die Kommission wird die Interessenträger bei Bedarf auch zu einzelnen Initiativen konsultieren.</p>
Zweck der Konsultation
<p>Die Kommission bittet um Anregungen, um den Weg für künftige Maßnahmen zu ebnen, und wird die Beiträge der Interessenträger zu dieser Aufforderung zur Stellungnahme bei der Ausarbeitung der Mitteilung berücksichtigen.</p> <p>Mithilfe der Aufforderung zur Stellungnahme kann die Kommission Beiträge einer Vielzahl von Interessenträgern einholen.</p> <p>Die Kommission bittet insbesondere um Rückmeldungen zu den bisher erzielten Fortschritten und zu den verbleibenden Herausforderungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Spar- und Investitionsunion.</p>
Adressaten
Die wichtigsten Interessenträger sind: Zivilgesellschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Verbraucherorganisationen, Sozialpartner, Unternehmen, einschließlich KMU, Finanzintermediäre, Finanzmärkte und -infrastrukturen sowie die sie vertretenden Organisationen und Behörden der Mitgliedstaaten.